

Juli 2024

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Genfer Depesche über die Juli-Sitzung des Allgemeinen Rates der Welthandelsorganisation (WTO)

Dr. Anja Maria Rittner

Die „Genfer Depesche“ geht auf aktuelle Beratungen in den Genfer multilateralen Organisationen ein, hier auf die Juli-Sitzung des Allgemeinen Rats der Welthandelsorganisation (WTO)

Sitzung des Allgemeinen Rates vom 22.-23.7.2024, Leitung Petter Ølberg (Norwegen)

Vorzeitige Vertragsverlängerung von Generaldirektorin Dr. Ngozi

Entgegen der ursprünglichen Planung fand sich bereits vor dem Sommer ein Antrag der afrikanischen Gruppe hinsichtlich der Bestätigung einer zweiten Amtszeit für die **Generaldirektorin Dr. Ngozi Okonjo-Iweala** (Nigeria) auf der Agenda des Allgemeinen Rates. Ihr Vertrag wird regulär im Sommer 2025 auslaufen. Aus Diplomatenkreisen hört man, ein rascher Prozess solle helfen, noch vor den US-Wahlen „Stabilität“ zu schaffen und die Organisation „Trump-fest“ zu machen. Wir erinnern uns: 2020 hatte die Trump-Administration die Nachbesetzung des Generaldirektorenposten nach dem überraschenden Rücktritt von WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo über Monate erfolgreich blockiert, so dass Dr. Ngozi Okonjo-Iweala ihren Dienst erst im Februar 2021, nach fünf Monaten Vakanz, hatte aufnehmen können.

Es scheint nunmehr so, als ob Dr. Ngozi neben den Staaten der afrikanischen Gruppe, die den Antrag offiziell einbrachten, abermals auf ihre guten Beziehungen nach Brüssel und in viele EU-Hauptstädte setzen kann. Dr. Ngozi erntete im Allgemeinen Rat viel Lob für ihre bisherige Arbeitsbilanz. Auch betonten WTO-Mitglieder, kurz vor der 14. Ministerkonferenz in Kamerun (voraussichtlich 2026) sei es besonders wichtig, dass die „erste Frau und Afrikanerin“ an der Spitze der Organisation bliebe. Dass aber trotzdem keine Entschei-

dung getroffen wurde, liegt daran, dass der Tagesordnungspunkt kurz vor Sitzungsbeginn von „zur Entscheidung“ auf „zur Diskussion“ herabgestuft worden war. Dies ermöglichte insbesondere den USA sich nicht zum Prozess zu äußern, ohne dass dies als Zustimmung gewertet werden könnte. Aus Washington liegt derzeit aus keinem Lager ein Bekenntnis zur Personalie vor. So schloss die Diskussion mit viel Respekt und Dank an die amtierende Generaldirektorin, die sich gesichtswahrend darauf bezog „noch mit ihrer Familie beraten zu wollen“. Von ihrer Bereitschaft anzutreten, ist auszugehen, aber sie scheint auch dezidiert nicht ins Risiko gehen zu wollen. Neben einer etwaigen Annahme der Nominierung ließ Ngozi auch die inhaltliche Agenda einer etwaigen zweiten Amtszeit offen. Doch ihre Unterstützer werden sich daran nicht stören, denn diese setzen vor allem auf Ngozis Ausstrahlung und Persönlichkeit, sowie ihre Gabe, ein positives Licht auf die WTO zu lenken, politisch hochrangig zu interagieren und Konferenzen gekonnt zu managen.

Dass das Verfahren nun doch noch nicht eingeleitet wurde, kann sich am Ende als vernünftig erweisen. Denn zum jetzigen Zeitpunkt hätte man diejenigen Länder in Verlegenheit gebracht, die die Benennung der Kandidatinnen und Kandidaten erst für den Herbst erwartet hatten und sich ggfs. doch eine andere Kandidatur hätten vorstellen können und diese nun innerhalb von vier Wochen und inmitten der Sommerpause hätten präsentieren müssen.

Fischereisubventionen: Bremsklötze wirken auch nach MK13 fort

Die Mitglieder der Welthandelsorganisation hatten sich das ambitionierte Ziel gesetzt, das 2022 beschlossene **Grundabkommen über Fischereisubventionen endlich abzuschließen**. Nachdem dieses Vorhaben auf der 13. Ministerkonferenz (MK13) in Abu Dhabi vertagt werden musste – die Verhandlungen platzten in den frühen Morgenstunden des letzten Konferenztages – sollte im Allgemeinen Rat nach kurzen Vorverhandlungen eine finale Entscheidung fallen.

Ein Gefühl des Déjà-vus stellte sich ein, als Islands Botschafter und Vorsitzender der Fischereiverhandlungen, Einar Gunnarsson, das Abkommen erst zur Entscheidung durch den Allgemeinen Rat empfahl, um dann drei **Tage vor der Sitzung doch wieder in den Diskussionsmodus** zurückzuschalten, da sich gleichsam fundamental gegenläufig Vorschläge der indischen Delegation auf der Agenda wiederfanden¹. Sie wurden für dieselbe Sitzung zur Diskussion gestellt, was an sich schon an starkes Zeichen war. Überdies äußerten sich wohl auch andere relevante Delegationen in Kleingruppengesprächen und Konsultationen (zu) kritisch zum vorliegenden Entwurf. Damit war ein Beschluss im Konsens frühzeitig außer Reichweite, was in der Sache zu einer Sitzung ohne neue Erkenntnisse aber zu viel Bedauern führte. Da aber auch kein negativer Beschluss gefasst wurde („Scheitern“), behält der Vorsitzende weiterhin alle Möglichkeiten zu entscheiden, wie er im Herbst weitermachen will.

Indien stellte erneut astronomische Forderungen in den Raum, u. a. ein 25-jähriges Moratorium für Subventionen in der Hochseefischerei und ebenso lange Übergangsfristen für Entwicklungsländer, was praktisch vor allem für diejenigen „Schwellenländer“ relevant ist, die weder zu den am wenigsten entwickelten Ländern (VN-LDC-Status) zählen, noch unter die Unbedenklichkeitsschwelle² fallen. Kritiker argumentieren, dass derartige Ausnahmen die Wirksamkeit des gesamten Abkommens untergraben würde. Indien hatte bereits in Abu Dhabi den größten Widerstand gegen das so genannte „Fisch-2-Abkommen“ geleistet und sieht sich offenbar weiterhin außerstande,

Regulierungen seiner Fischereisubventionen umsetzen zu können. Es sieht sich durch den Vertrag gegenüber anderen WTO-Mitgliedern benachteiligt.

Der zur Diskussion gestellte Vertragsentwurf sah „lediglich“ eine Übergangsfrist von 10 Jahren vor. Damit verlief sich auch diese Verhandlung abermals im Sand. Die Gespräche zum zweiten Teil eines internationalen Abkommens, zum Verbot schädlicher Fischereisubventionen (UNSDG 14.6) sollen nach dem Willen vieler nach Sommer wieder aufgenommen werden, obschon eine Entscheidung vor der für 2026 erwarteten 14. WTO-Ministerkonferenz in Kamerun schwer zu realisieren sein könnte.

Freundliche, aber ergebnislose Beratungen zu den zukünftigen Agrarverhandlungen

Nachdem die Verhandlungen zu einem erneuerten, gemeinsamen **Bekennnis zum Fortgang der WTO-Agrarverhandlungen** auf MK13 in den Verhandlungsmühlen stecken blieben, wurde dieses Thema in den vergangenen Monaten besonders von Brasilien vorangetrieben und nun ebenfalls im Allgemeinen Rat debattiert und entschieden: Das Papier, das noch in den letzten Wochen einigen Feinschliff erhalten hatte, wurde aber am Ende aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Auffällig dabei war, dass sich **viele afrikanische Länder dem „brasilianischen“ Papier nicht anschließen mochten**, obwohl für sie die Themen Ernährungssicherung, Agrarsubventionen, Marktzugang, Exportbestimmungen und faire Wettbewerbsbedingungen sehr zentral sind und sie ein starkes eigenes Interesse an Reformverhandlungen haben. Auch wenn die Sitzung im Ton überwiegend als freundlich wahrgenommen wurde, gelang auch hier aufgrund der einseitigen Festlegung Indiens auf die Lösung für „Subventionen für Öffentliche Lagerhaltung“ und der Ablehnung Russlands bezüglich der Passagen zu Exportrestriktionen (Kontext: Sanktionen) keine Einigung. Die Diskussion dürfte damit in Zukunft wieder im zuständigen Fachausschuss geführt werden, in dem traditionell die Gegensätze zwischen Entwick-

¹ Die Vorschläge finden sich hier: [WT/GC/W/945](#), [TN/RL/W/282](#) und [WT/GC/W/946](#), [TN/RL/W/283](#); sowie [WT/GC/W/947](#); [TN/RL/W/284](#).

² Die sogenannte „De-minimis“-Regel besagt, dass Länder, deren Gesamtanteil am Meeresfang nicht mehr als 0,8 Prozent beträgt, vom Verbot ausgenommen sind.

lungsländern und Industriestaaten, aber auch innerhalb der Entwicklungsländer mit ihren abweichenden Interessen besonders kontrovers, leidenschaftlich und leider auch seit Jahren ergebnislos aufeinanderprallen.

Neue Mitglieder – und auch neue, plurilaterale Abkommen?

Im Februar waren die Komoren und Osttimor auf der Ministerkonferenz feierlich von der WTO als stolze **Mitglieder Nummer 165 und 166** aufgenommen worden. Da sie inzwischen alle Unterlagen fristgerecht eingereicht haben, steht ihrem formal endgültigen Beitritt im August 2024 nichts mehr im Wege.

Des Weiteren diskutierte der Allgemeine Rat die Integration des "Investment Facilitation for Development Agreement" (IFD-Abkommen) in das WTO-Regelwerk. Das von ca. 120 Ländern anvisierte Abkommen ist seit gut einem Jahr abschließend verhandelt.³ Da das **IFD-Abkommen aber kein multilaterales Abkommen** ist und auch keinen historischen Charakter hat, bedarf es zur Aufnahme in den so genannten „Anhang 4“ des Konsenses aller WTO-Mitglieder. Mit sehr grundsätzlichen, systemischen Einwänden stellen sich hier Südafrika, die Türkei und Indien seit längerem konstant dagegen, so dass eine formale Aufnahme ins WTO-Recht bereits mehrfach scheiterte. Das Bedauern vieler Teilnehmer der Initiative, u. a. auch der Europäischen Union, änderte hieran nichts.

Das plurilaterale Abkommen soll ein gerechteres, transparentes und effizientes Investitionsumfeld schaffen, damit Entwicklungsländer von „globalen Investitionsströmen“ besser profitieren können. Es kann Transparenz fördern, administrative Verfahren vereinfachen und vor allem den Zugang zu

ausländische Direktinvestitionen erleichtern, wovon sich insbesondere auch **China als ein potenzieller Geber** Vorteile verspricht und somit nachvollziehbar am stärksten für das Abkommen und dessen Anerkennung als „WTO-Recht“ kämpfte. Institutionell soll ein WTO-Ausschuss für Investitionsförderung eingerichtet werden, wodurch die Organisation durchaus als Ganzes betroffen wäre. Technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln und Korruptionsbekämpfung, Regelungen zur Offenlegung vertraulicher Informationen, allgemeine und sicherheitsbezogene Ausnahmen sowie Bestimmungen zur Streitbeilegung, sind ebenfalls Teil des Vorhabens.

Entscheidungen des Rates

Der Rat entschied ohne Aussprache die Annahme von Änderungen am Konzessionsverzeichnis unter Verwendung der Datenbank der konsolidierten Tarifschemata (harmonisiertes System Entscheidungsentwurf (G/C/W/846) sowie die Annahme eines zusammenfassenden Berichts zu einem Arbeitsprogramm aus dem ersten Halbjahr 2023 zu speziellen Aspekten des Vertrages über Tier- und Pflanzengesundheit. Beide Themen sind dezidiert technischer Natur und waren von den Fachkomitees vorberaten und zur Annahme empfohlen wurden.

TRIPS spielt derzeit keine größere Rolle in den Diskussionen. Auch die (notwendige) Reform der teilweise funktionsunfähigen **WTO-Streitbeilegung** läuft in den Diskussionen derzeit ebenfalls unter ferner Liefe. Der Rat wird indes Mitte Oktober erneut zusammentreten, um alte und neue Themen erneut zu beraten und hoffentlich auch zu entscheiden.

³ Der Vorschlag findet sich hier: [WT/GC/W/927/Rev.1](https://www.wto.org/press/pr/2023/pr230714.htm)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Dr. Anja Maria Rittner

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Anjamarie.rittner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,
CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)